Ein Rückblick auf Staat und Kirche in der DDR

Religion zwischen Anpa

Von Wolfg

Wie zahlreiche methodisch durchaus unterschiedlich orientierte Publikationen und die tagespolitischen Debatten über Stasi-Vergangenheiten und die Säkularisierung in den neuen Bundesländern zeigen, bildet auch sechs Jahre nach der deutschen Vereinigung das lebhaft und kontrovers diskutierte Thema Staat und Kirche in der DDR einen zentralen Bereich der zeitgeschichtlichen Forschung und der aktuellen politischen Diskussion. **Gerhard Besier,** Professor an der Theologischen Fakultät in Heidelberg, der schon 1992 mit seiner in zweiter Auflage veröffentlichten, durchaus kontrovers beurteilten Studie über *Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen* hervorgetreten ist, schließt jetzt seine voluminöse und materialreiche Trilogie über den SED-Staat und die Kirche ab.

Auch das Erscheinen des dritten Bandes wurde in der Tagespresse von gespannter Aufmerksamkeit, skeptischen Einwänden und persönlichen Attacken begleitet. In drei chronologisch orientierten Kapiteln will die – 3 315 Anmerkungen aufweisende und eine Fülle archivalischer Quellen unterschiedlichster Provenienz aufbereitende – Studie aus der Perspektive der Staats- und Kirchenführung und anhand der diese Kommunikation überliefernden Unterlagen vom Lutherjahr 1983 bis zur Integration der östlichen Gliedkirchen in die EKD die „die wachsende Annäherung der DDR-Kirchen an den SED-Staat" (S. XIII) dokumentieren.

Facetten

Insgesamt entwickelt sich ein facettenreiches, die unterschiedlichen Perzeptionen und Bewertungen spiegelndes Szenarium des in den 80er Jahren zunehmend schwierigeren Lavierens und Balancierens zwischen Partei und Kirche. Im Zeichen der aufbrechenden Diskussionen um Friedens- und Ökologiegruppen hatte beispielsweise Manfred Stolpe beim Dresdner Kirchentag 1983 betont, „die Kirche dürfe nicht zu ‚Auswanderungszentralen' und auch nicht zu ‚Oppositionszentralen' verkommen" (S. 15). Andererseits hatte eine SED-Hausmitteilung der Abteilung Kirchenfragen formuliert, „daß die politisch-ideologische Arbeit zur Zurückdrängung und Ausschaltung des Einflusses dieser Gruppierungen und ihrer Inspiratoren intensiver geführt, gezielter und differenzierter gestaltet werden muß. Besonders im Jahr der Luther-Ehrungen 1983 haben wir ungestörte stabile Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu gewährleisten". 1984 würdigte das Staatssekretariat für Kirchenfragen in seinem positiven Fazit die „politisch loyalen und realistischen Aussagen" der Barmen-Feiern, „das Festhalten der Kirchen am Geist des 6. 3. 1978" und die „konstruktiven Beziehungen zum Staat", wobei sich „negative Kräfte mit ihren Konzeptionen nicht durchsetzen konnten und nur vereinzelt aktiv wurden". Auch wenn seinerzeit meist noch das „Grundvertrauen zwischen Staat und Kirche" beschworen wurde, sprach man aber auch von einer „Politik der Taktik und des langen Atems" und konstatierte „innerhalb der Kirche . . . bei allen Fortschritten" eine labile Lage, „die immer umschlagen kann". Im Vorfeld des Spitzengesprächs zwischen Erich Honecker und Landesbischof Hempel am 11. Februar 1985 hatte Hempel bereits den „Vorrang einer Koalition der Vernunft nach außen und innen" betont und versichert, „daß keine den vorgesehenen Charakter der Begegnung belastenden Fragen (wie z. B. Wehrdienst- und Volksbildungsfragen) von ihm aufgeworfen werden". Bei der Bundessynode in Dresden im September jenes Jahres wurde kirchlicherseits „für einen konstruktiven weiteren Verlauf der Synodaltagung" gesorgt, Generalsuperintendent Krusche wandte sich gegen die „Provokation von Gruppen, die am Rande der Kirche stehen" und „polemisierte scharf gegen Kreise um Eppelmann, Bohley, Poppe u. a., die mit ihren Aktivitäten das Bild der Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft immer wieder diskreditieren" (S. 150).

Angesichts der in die DDR ausstrahlenden Politik Gorbatschows und des zunehmenden Protests der „bekannt negativen Friedens-, Frauen-, Öko- und 2./3.-Welt-Gruppen" gestaltete sich die Balance zwischen Staat und Kirche immer schwieriger, blieben die Probleme Reisefreiheit, Volksbildung und Chancengleichheit für Christen ungelöst. Nach der Durchsuchung der „Umwelt-Bibliothek" und den Verhaftungen im Umfeld der Gedenkdemonstrationen für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1988 hatte es für die Partei „den Anschein, als ob derzeit maßgebliche Kräfte in der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg der Versuchung erlegen sind, sich vordergründig auf politischem Feld unter dem Beifall der Westmedien, gegen die sozialistische Gesellschaft profilieren zu wollen. Offenbar ist ihnen der Maßstab dafür verloren gegangen, welchen Auftrag die Kirche in der sozialistischen Gesellschaft hat . . . Kirche im Sozialismus bedeutet Absage an Aussteigertum aller Art". Im September jenes Jahres entsprachen beispielsweise „Verlauf und Ergebnis" der Dessauer Synode „nicht den von den kirchenleitenden Vertretern vor der Synode zugesagten Positionen", und eine Aufzeichnung der Abteilung Kirchenfragen beim ZK der SED stellte fest, „die Kräfte der Vernunft und des Realismus in der evangelischen Kirche haben das Heft nicht mehr voll in der Hand".

Wachsende Unsicherheit im Staatsapparat gegenüber den kirchennahen Basisgruppen, zunehmende Politisierung der Evangelischen Kirche, neue Konflikte und Abhöraffären und die zunehmenden Diskussionen über die gesellschaftliche Entwicklung der DDR verschärften in den folgenden Monaten die innenpolitische Situation und belasteten das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Während ein Jugenddelegierter bei der BEK-Synode in Eisenach kritisierte: „Wir sind als Kirche unglaubwürdig geworden wegen Machtmißbrauch, Entmündigung, Nichtzugeben eigener Verfehlungen" (S. 425), bot die Synode aus der Sicht der Partei „eine weitere Eskalation politisch negativer Aktivitäten, ein engeres Zusammenspiel mit Kreisen der BRD – vor allem der SPD –, ein offeneres und direkteres Zusammenwirken mit sogenannten oppositionellen Gruppen und eine stärkere Formierung sowie das einheitliche Auftreten mit einer abgestimmten Plattform dar. Erstmalig in dieser Form wird auf einer evangelischen Synode unverhüllt und demonstrativ ein gegen den Sozialismus, gegen die bestehende Ordnung in der DDR gerichtetes politisches Aktionsprogramm verkündet, das faktisch konterrevolutionäre Zielsetzungen enthält. Es schließt anstelle des bisherigen Weges des Dialogs und der sachlichen Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat offene Konfrontation nicht mehr aus." (S. 427)

Handlungsspielräume

Die letzten, kursorischer gehaltenen und sicherlich noch zu vertiefenden Abschnitte thematisieren den Weg von der Maueröffnung bis zur gemeinsamen Coburger Synode im Juni 1991. Insgesamt konzentriert sich die Studie Besiers vornehmlich auf den Dialog zwischen Staats- und Kirchenführung, verdeutlicht auf dieser Ebene gegenseitige Wahrnehmungen und Entscheidungsprozesse, blendet die Rahmen- und Handlungsbedingungen und die in weiteren Fallstudien zu untersuchende Situation vor Ort in den einzelnen Gemeinden und Landeskirchen weitgehend aus und verzichtet auf eine thesenartige Bilanz der Ergebnisse. Die Fülle der erschlossenen Archivalien wird den

·assung und Widerstand

ang Müller

wissenschaftlichen Diskurs um die schillernde Rolle der Kirche in der DDR bereichern und zu weiterer Auseinandersetzung anregen.

Der 1992 gegründete, aus Wissenschaftlern, Zeitzeugen, Journalisten und Politikern gebildete Arbeitskreis des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen fragt in dem von stärker theoretischen, sozialgeschichtlichen und komparatistischen Fragestellungen ausgehenden Sammelband *Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR*, der von **Gert Kaiser** und **Ewald Frei** herausgegeben wurde, „nach den Handlungsspielräumen der Kirchen und nach dem Preis, der dafür bezahlt worden ist". Den Reigen der neun Aufsätze eröffnet Kurt Nowak mit Überlegungen zur Entkirchlichung der Evangelischen Kirche im Staatsgebiet der DDR. Er sieht in den „Jahren des Dritten Reiches den diktaturstaatlichen Auftakt zu jener Entwicklung, die unter veränderten macht- und ideologiepolitischen Vorzeichen zum kirchlichen Dammbruch der 1950er Jahre führte" und untersucht, wie die kirchlichen Strukturen in Schule, Vereinsleben und in der Nachwuchsrekrutierung geschwächt wurden. Friedrich Wilhelm Graf wendet sich der kirchlichen Resistenz in den fünfziger Jahren und der Protestkultur der achtziger Jahre zu und erinnert auch daran, daß „das Maß an staatlicher Repression und etatistischer Überformung der Gesellschaft, die Intensität von Gleichschaltungsdruck und psychischem Terror in der DDR in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik (vor allem auch in der evangelischen Kirche sowie in der akademischen Theologie) zuerst unterschätzt bzw. gezielt verharmlost worden" ist. Gerhard Lange fragt nach den politischen Gemeinsamkeiten zwischen Katholischer und Evangelischer Kirche in der DDR, fixiert die unterschiedlichen Zielsetzungen, eingeschlagenen Wege und theologischen Motive, wobei aber „die bedingte Akzeptanz des sozialistischen Systems seitens der evangelischen Kirche und die bedingte Verweigerung durch die katholische Kirche eine kirchenpolitische Balance (schufen), durch die die Gefahren einer total integrierten ‚sozialistischen Kirche' und gleicherweise die Risiken eines permanenten Kirchenkampfs gebannt waren".

Die sich wandelnden Autonomiespielräume der Kirchen in der DDR beleuchtet Robert F. Goeckel ausführlich. Hatte das Regime in den 80er Jahren noch gehofft, „die Kirche zum Instrument seiner Bemühungen machen zu können, die Kontrolle in der Hand zu behalten", konnte aber zu Beginn des Jahres 1988 angesichts der auch durch den sowjetischen Reformprozeß forcierten „Forderungen nach politischer Liberalisierung ... de(m) Protest nicht mehr durch die Gewährung von Autonomiespielraum für die Kirche begegnen".

Impressionen

Letztlich war „die Macht der Kirche ... eine weitgehend negative Macht. Sie konnte zwar den Einfluß des Staates auf ihre eigenen Angelegenheiten in Grenzen halten", aber nicht „in der offiziellen Politik des Staates in bezug auf die Gesellschaft insgesamt Änderungen herbeiführen" und wurde „niemals als Gegenstaat betrachtet". Am konkreten Fall, den im März 1981 erfolgten Verhaftungen in Leipzig nach einer „Rockpalast"-Übertragung im Westfernsehen, beschäftigt sich Ewald Frie ebenfalls mit dem Aspekt der Autonomiespielräume. Der in Wolfen wirkende Pfarrer Axel Noack bietet dazu persönliche Impressionen, und Friedhelm Jostmeier skizziert am Beispiel der Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal die Entwicklung, Konfliktlinien und Kooperationszwänge einer diakonischen Einrichtung in den ersten Jahren der DDR, die „keine Insel im roten Meer" war. Vielmehr trug der eingeschlagene „Loyalitätskurs maßgeblich dazu bei, ... die institutionelle, personelle und materielle Absicherung der Anstaltsarbeit langfristig" zu sichern, „auch um den Preis, politisch instrumentalisiert zu werden". In Memoirenbeiträgen blendet zunächst Friedrich Schorlemmer auf den Umbruchprozeß 1989 zurück, und Jürgen Engert betrachtet die in ihrer Rückwirkung auf die DDR kaum zu unterschätzende Resonanz der DDR-Friedensbewegung in den westlichen Medien.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident **Reinhard Höppner**, der zunächst als Mitglied der Kirchenleitung und dann zwischen 1980 und 1994 auch als Präses der Synode der Evangelischen Kirchenprovinz Sachen fungierte, präsentiert eine Sammlung kleinerer autobiographischer Texte, in denen er ausführlich seine Erfahrungen in der DDR überliefert. So gab es aus seiner Sicht bei der Magdeburger Kirchenleitung und Synode keine „Kumpanei" zwischen der von ihm als Brücke zwischen beiden Teilen Deutschlands eingeschätzten Kirche und dem Staat, und die ökumenische Versammlung in Dresden im Februar 1988 bewertet er als „Grundbaustein der friedlichen Revolution". Diese biographischen Impressionen und die Rolle der „Kirche im Sozialismus" auch hinsichtlich ihres Beitrags zur Systemstabilisierung werden im Dialog von Günter Gaus durchaus kritisch hinterfragt. Außerdem finden sich verschiedene Beiträge Höppners zur christlichen Nachfolge, zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, zur deutschen Vereinigung und zur „Gnadenlosigkeit der Politik – vom Ethos der Öffentlichkeit".

Gerhard Besier,
Der SED-Staat und die Kirche. Höhenflug und Absturz 1983–1991.
Propyläen-Verlag, Berlin 1995;
976 S., DM 98,–

Gert Kaiser / Ewald Frie (Hrsg.),
Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR.
Campus Verlag, Frankfurt 1996;
242 S., DM 38,–

Reinhard Höppner,
Segeln gegen den Wind. Texte und Reden. Und ein Gespräch mit Günter Gaus.
Radius-Verlag, Stuttgart 1996;
140 S., DM 29,–